

Deutsche Erfahrung und vietnamesische Gegenwart

Ehrenamtlich engagierte Akteure aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterwegs in Vietnam (22. September bis 3. Oktober 2014).

Ein Bericht von Dr. Achim Schmitz-Forte

Huế

Eine Seminarreise – das klingt nach unspektakulären Fachgesprächen einiger weniger Spezialisten in bescheidenem Ambiente. An diesem Vormittag aber bereitet die Huế University of Sciences ihren Gästen die große Bühne. Sie hat die Aula der Universität geöffnet und herausgeputzt. Hinter dem Podium haben Helfer ein Transparent aufgespannt, wandfüllend und repräsentativ wie bei einer UN-Konferenz. Es begrüßt die Teilnehmer mit dem Thema des Vormittags: „The role of trade unions in protecting labourer´s rights“.

Zehn ehrenamtliche Aktivisten aus der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind nach Vietnam gereist, um etwas über dieses Land und seine Politik zu erfahren. Sie treffen Hochschulangehörige und andere Interessierte, die ihrerseits etwas darüber wissen möchten, wie arbeitsrechtliche und gewerkschaftliche Konflikte in Deutschland ausgetragen werden.

Das Schicksal von Arbeitsmigranten steht im Mittelpunkt der Vorträge hier in Huế. Und schnell wird erkennbar, wie weit die Welten auseinanderliegen. So schildert die Soziologin Le Kim Lan Schicksale von Wanderarbeitern in Zentralvietnam. Zwischen den Zwängen eines staatlich-bürokratischen Sozialismus und den Zumutungen, aber auch Chancen des real existierenden Wirtschaftsbooms nach kapitalistischen Spielregeln versuchen sie, sich ein Stückchen Wohlstand oder wenigstens das Überleben zu erkämpfen. Es sind Geschichten, wie man sie aus China und anderen asiatischen Ländern kennt. Auf der anderen Seite berichtet die Juristin Güldane Tokyürek vom mäßig erfolgreichen Versuch Deutschlands, mit der sogenannten Blue Card Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland zu locken. Die Gehälter in Deutschland seien für gefragte Spezialisten und Akademiker nicht besonders interessant, das Lohnniveau im internationalen Vergleich eher niedrig. Andere Länder als Deutschland seien für ausländische Fachkräfte schlicht attraktiver. Nicht wenige im Raum nehmen diese Einschätzung verblüfft und staunend zur Kenntnis.

Hà Nội

Schon in den Tagen zuvor, am 24. und 25. September in Hà Nội, war in den Seminarsitzungen ein enormes Spektrum an Themen zur Sprache gekommen. Gastgeberin war hier die National Academy for Public Administration (NAPA).

Die deutschen Fachleute referierten über die Betriebsverfassungsgesetzgebung in ihrem Land, über die Arbeit von Gewerkschaftern und Betriebsräten, über soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft, gemeinsame Verantwortung und harte Interessengegensätze oder über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Es gab Vorträge über individuelle Rechte von Arbeitnehmern ebenso wie über das System der dualen beruflichen Bildung, also die parallele Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule.

Vietnamesische Referenten informierten ihre deutschen Gäste über die staatliche Einheitsgewerkschaft, ihre Defizite und die einschlägige Gesetzgebung. Die VGCL, Vietnam General Confederation of Labour, vertritt in erster Linie die Belegschaften in Staatsbetrieben und versteht sich als Organisation, die den Willen der vietnamesischen KP durchsetzt, gegen wen auch immer. Beschäftigte in privaten Unternehmen und in Niederlassungen ausländischer Investoren dagegen bleiben meist ohne gewerkschaftlichen Schutz. Wenn sie streiken, was häufig geschieht, sind diese Streiks illegal, auch wenn sie nicht selten geduldet werden, und damit riskant. Daneben waren auch etliche andere Themen, etwa der sehr geringe Mindestlohn und die unzureichende soziale Sicherung im Land, Gegenstand der Diskussionen.

Sài Gòn

Ho-Chi-Minh-Stadt wächst in atemberaubendem Tempo. Neue Bürogebäude, neue Einkaufszentren, neue Hotels – wer im Abstand von zwei oder drei Jahren hierher zurückkehrt, begegnet jedes Mal einer spürbar veränderten Stadtgeographie. Ganze Häuserblocks sind verschwunden und andere neu errichtet. Im Zentrum verstellen derzeit Bauzäune den Blick entlang der Nguyen-Hue-Straße auf den Kolonialbau des ehemaligen Rathauses, es wird eine U-Bahn ausgeschachtet. Nicht weit entfernt ragt seit vier Jahren das aktuelle architektonische Wahrzeichen der Stadt 265 Meter hoch in den Himmel - der Bitexco Financial Tower. 52 Stockwerke über den Köpfen der Passanten schwebt waagrecht eine Plattform wie angeklebt neben dem Hochhaus aus Stahl und Glas. Ein Hubschrauberlandeplatz, präventiv und völlig sinnlos, denn Hubschrauber dürfen hier, im Stadtzentrum, nicht fliegen.

Von Nord nach Süd gemessen, erstreckt sich die Stadt über rund 120, von Ost nach West über knapp 50 Kilometer. Wie viele Menschen hier leben? Das weiß niemand so genau. Es sollen inzwischen rund acht Millionen sein. Aber wer kann schon zählen, wie viele Zuwanderer jede Woche nach HCMC kommen, um einen Job und eine Zukunft zu suchen.

Unsere kleine Reisegruppe bewegt sich ausschließlich im Bereich des alten Stadtzentrums Sài Gòn, nur wenige Schritte vom früheren Rathaus, dem Hotel Rex und der teuren Dong Khoi Road entfernt. Das Thema unseres Workshops: „Housing in poor areas of Ho Chi Minh City and solutions for a better future living environment“. Wir tagen im Royal Hotel Saigon, vier Sterne.

Zunächst hören wir quantitativ ermittelte Zahlen über die Größe von Wohnflächen oder sanitäre Standards oder andere Indikatoren in von Soziologen untersuchten Wohngebieten. Es sind Zahlen, die völlig unzureichend oder gar nicht korreliert sind, das Publikum im Saal bekommt also viele Daten und kaum Information. Menschen, die im sogenannten informellen Sektor leben, arbeiten und wohnen, sind nun einmal schwer von Statistiken zu erfassen. Ein Professor staunt, wie viele Menschen in den „poor areas“ Mopeds und Handys besitzen. Er muss sich belehren lassen, dass beides für Menschen, die sich mit Gelegenheitsjobs oder als Straßenhändler durchschlagen, überlebenswichtig ist. Moped und Handy seien eher Indikatoren prekärer Erwerbstätigkeit als Anzeichen von Wohlstand, insistiert eine Diskussionsteilnehmerin.

Die Beamer projizieren viele Charts und Texte auf weiße Flächen, aber kaum je ein Foto von Blechhütten oder den improvisierten Behausungen am Rande der Innenstadtbereiche. Wir reden über Menschen, die unter sehr widrigen Bedingungen leben. Aber sie sind hier im Raum nicht zu sehen. Die Zuwanderung in die Stadt erfolgt chaotisch, sie ist kaum zu kontrollieren. Staatliche Programme des sozialen Wohnungsbaus oder der Wohnraumfinanzierung existieren, wirken aber nur sehr begrenzt. Wer ohne Papiere in die Stadt kommt, hat ganz einfach keine Möglichkeit, staatliche Leistungen zu beantragen.

Es dauert sehr lange, bis zum ersten Mal das Wort Slum fällt. Zu diesem Zeitpunkt ist die Diskussion bereits in vollem Gange. Und sie wird heftig geführt. Ein Professor der University of Social Sciences and Humanities Ho Chi Minh City, die zu diesem Workshop eingeladen hat, behauptet, in Vietnam gebe es keine Slums. Eine Sozialarbeiterin, die in „poor areas“ der Stadt arbeitet, widerspricht ihm vehement. Wie solle man diese Lebensbedingungen denn sonst bezeichnen? Wissenschaftler laufen mit im Büro ersonnenen Fragebogen durch solche Viertel, versetzt sie wütend, aber sie leben nicht dort. „Kommen Sie zu uns! Aber nicht in teuren Autos, kommen Sie im Bus! Verschanzen Sie sich nicht in Ihren Büros, sondern gehen Sie in diese Viertel, bleiben Sie ein paar Wochen, leben Sie mit den Menschen, arbeiten Sie mit ihnen, essen Sie mit ihnen, teilen Sie den Alltag mit ihnen - ich garantiere Ihnen, die Leute werden Ihnen alles erzählen, was Sie wissen wollen.“

Der Ton, in dem diskutiert wird, schwankt zwischen Vorsicht und Zorn. Da ist von „Verwaltungsmaßnahmen“ die Rede, wenn staatliche Zwangsumsiedlungen gemeint sind. Da wird betont, in solchen Fällen gebe es Entschädigungen oder Ersatzquartiere, während gleich darauf jemand darlegt, wie realitätsfremd und unzureichend solche Kompensationen oft sind. Da fordert jemand „politische Maßnahmen“ zur Verbesserung der Wohnsituation, ohne im mindesten zu präzisieren, was mit dieser Floskel gemeint sein könnte. Im Gegenzug stellt die nächste Stimme zornig fest, man habe viele politisch Verantwortliche zu diesem Workshop eingeladen, ohne auch nur eine einzige Antwort bekommen zu haben. „Wo sind die Leute aus der Politik, aus der Verwaltung, aus dem Bauamt? Ich habe mich darauf vorbereitet, ihnen Informationen zu geben, ich habe alles hier liegen, aber – sie sind nicht gekommen!“, sagt eine

Fachfrau, die in Wohnprojekten in „poor areas“ arbeitet und die Realität dort kennt. Wenn die Politik uns nicht zuhört, meint eine andere Stimme, dann sind wir dazu verdammt, wieder nur in der Zeitung zu lesen, was über uns beschlossen worden ist – „das kann so nicht bleiben!“

Doch es gibt auch Selbstkritik. Man könne nicht immer nur auf den Staat hoffen und solle stattdessen viele Dinge selbst in die Hand nehmen. „Wir reden viel davon, man müsse das Bewußtsein der Leute ändern“, wirft eine Dozentin ein, die einige Jahre in Australien gelebt hat. „Aber – wieso eigentlich verhalten sich dieselben Vietnamesen, die hier ihren Müll einfach auf die Straße kippen, im Ausland auf einmal ganz mustergültig?“

Natürlich möchte ich, als Journalist, diese „poor areas“, vulgo Slums, über die wir zwei Tage im Royal Hotel Saigon geredet haben, sehen und besuchen. Die Aufforderung „Kommen Sie zu uns!“ kam von Herzen, also möchte ich ihr folgen. Ich bitte die Organisatoren, eines der Projekte, die in den prekären Wohnquartieren arbeiten, einen Tag oder ein paar Stunden begleiten zu dürfen, irgendwann innerhalb der kommenden neun Tage, wann immer es passt. Am nächsten Werktag bekomme ich die schriftliche Antwort: Es sei leider völlig ausgeschlossen, in so kurzer Zeit die Genehmigung für einen solchen Besuch zu erwirken. Keine weitere Begründung. Erstaunlich. Eine Genehmigung für einen Projektbesuch in frei zugänglichen Vierteln der Stadt? Zum Glück gibt es Taxis. Und Bilder im Internet.

Hồ Chí Minh University of Law

Ein Universitätscampus, früh am Morgen, acht Uhr, zu dieser Zeit schon voller Menschen. Ein etwas ungewohnter Anblick für Besucher aus Deutschland. Dozenten eilen geschäftig zu anderen Dozenten. Studentinnen schwatzen aufgekratzt mit Kommilitonen. Helfer platzieren Dekoration und bauen an einer kleinen Bühne. Für uns ist es der Tag, an dem schließlich doch noch die Sakkos, das Businesskostüm und der Schlips zum Einsatz kommen, Kleidungsstücke, die wir bislang ungenutzt durch Vietnam getragen haben. Wir sind auf dem Weg zu einer Feierstunde. Heute beginnt das neue Semester an der Hồ Chí Minh University of Law. Die juristische Universität begrüßt ihre Studenten zur Immatrikulationsfeier. Aber das ist nicht alles, dieser Festakt, dem Studenten wie Professoren spürbar mit einer gewissen Nervosität entgegensehen, ist kein Routinetermin. Heute wird ein neuer Standort der HCMC Law School eingeweiht, ein moderner, erst seit kurzem betriebsbereiter Neubau mit gut ausgestatteten Seminarräumen und einem großen, multifunktionalen Hörsaal: Der Thu Duc Campus an der Straße 123, Hiep Binh Chanh Viertel.

Wir scheinen die einzigen Ausländer zu sein: Nadja Charaby, Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hà Nội, Peeter Raane, Mitglied des Vorstands der Stiftung, und der Journalist, der die Delegation begleitet. Ein Mitarbeiter der Universität empfängt uns und führt uns umstandslos in das Gebäude. Niemand kontrolliert Ausweise oder Taschen, wir nehmen keinerlei Sicherheitsvorkehrungen wahr. Erstaunlich, denn es wird, neben

anderen Honoratioren und Parteifunktionären, einer der fünf mächtigsten Männer Vietnams beim Festakt zugegen sein: General Lê Hồng Anh, geboren 1949, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und von 2002 bis 2011 Minister für öffentliche Sicherheit, also Chef der Polizei der sozialistischen Republik Vietnam. „Er entstammt der Generation, die im Krieg gekämpft hat“, so charakterisiert ihn einer unserer Begleiter, „nicht unbedingt ein Mann von großer formaler Bildung, trotz seiner Bachelor-Abschlüsse in Recht und Politik, eher ein Mann der Macht, er denkt militärisch und top-down, also befehlsorientiert.“ Heute nimmt er sich die Zeit, eine neue juristische Fakultät einzuweihen.

Die Rektorin der Law School, Mai Hồng Quỳ, begrüßt uns mit großer Herzlichkeit im Foyer vor der großen Aula. Sie wird Nadja Charaby und Peeter Raane später in ihrer Eröffnungsansprache auch offiziell willkommen heißen. Der Ablauf des Festakts folgt einer präzisen Choreografie, es ist genau festgelegt, wer wo steht, wo sich das Rednerpult befinden muss, wer wem wann und auf welche Weise die Ehre erweist. Eine beeindruckende Zahl von Studentinnen und Studenten erhält Auszeichnungen für gute Leistungen oder Verdienste um das universitäre Leben. In unterschiedlich großen Gruppen betreten sie die Bühne, manche mit geröteten Wangen, manche schüchtern, manche stolz und triumphierend, manche fröhlich, manche ernst, manche verlegen. Eine Urkunde, ein Blumenstrauß, es muss rasch gehen, die nächste Gruppe wartet. Von Rednerpult herab hören wir Ansprachen und Grußworte, Zukunftspläne, Selbstvergewisserungen, und über all dem wacht im Hintergrund der Bühne das Portait des gütig und etwas verschmitzt lächelnden Übervaters Hồ Chí Minh.

Auf den Festakt folgt die Eröffnung eines Seminars zur Verfassungsreform in Vietnam, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell unterstützt. Auch Nadja Charaby und Peeter Raane richten Grußworte an die versammelten Juristen und Gäste. Sie hält einen Teil ihrer Rede auf Vietnamesisch, er schildert, wie er persönlich vor fast einem halben Jahrhundert vom Protest gegen den Vietnamkrieg politisch geprägt wurde. Beiden gilt für diese Gesten die Sympathie des Publikums. Dann beginnt die Arbeit. Mit Beginn des Jahres 2014 ist in Vietnam eine geänderte Verfassung in Kraft getreten. Sie zementiert das Machtmonopol der Kommunistischen Partei, insofern bleibt alles beim Alten. Was sich dennoch mit der neu gestalteten Verfassung rechtlich geändert hat und ändern könnte oder müsste im Land, diskutieren die Dozenten der Ho Chi Minh University of Law mit großer Affinität zum Detail.

Nach Auskunft eines Mitarbeiters der Rektorin, Nguyễn Đức Chuyên, sind 8000 Vollzeit- und 7000 Teilzeitstudentinnen und -studenten an der Law School immatrikuliert. Rund 1200 von ihnen streben einen Masterabschluss an, weniger als 50 arbeiten an ihrem PhD. Ein Bachelor-Studiengang kostet etwa US\$ 250,- im Jahr, Teilzeitstudenten müssen das Doppelte bezahlen, weil man davon ausgeht, dass sie erwerbstätig sind. Ein Masterstudiengang kosten im selben Zeitraum US\$ 650,- und dauert zwei Jahre.

In einem Informationspapier umreißt die Law School ihre Rolle und ihre Aufgaben folgendermaßen: „Vietnam is in the process of industrialization, modernization and international integration. One of the requirements for building, perfecting the country, especially building the country of market oriented economy and of the rule of law is that we need to have human resources specializing in law who not only have a political virtue, are good at their professions, but also are equipped with comprehensive skills to best meet the requirements of real-practices. [...] The University has always focused on building teaching staff of firm political stance, a high level of expertise and research capacity, who always update legal training methods from advanced countries. [...] Being well aware of the political mission of the university, the whole leaders, lecturers and staff of the Ho Chi Minh City University of Law have been uniting, endeavoring and donating so as to successfully implement their high mission in conformity with the content of the university’s message to the society `Justice for knowledge”.

„Political virtue”, „firm political stance” und „political mission of the university” auf der einen Seite, „market oriented economy”, „rule of law” und „requirements of real-practices” auf der anderen – die junge Generation von Studentinnen und Studenten der Hồ Chí Minh University of Law wird nach und nach entscheiden, welche Art der Rechtspflege sie betreiben möchte.

Dr. Achim Schmitz-Forte
Journalistenbüro
Bülwstraße 14
50733 Köln
Copyright 2014

Disclaimer

Die Ausführungen stellt die Meinung des Autors dar und stimmt nicht notwendigerweise mit der der Rosa-Luxemburg-Stiftung überein.